

Beck kompakt



Jürgen Wabbel

Wenn Eltern teuer werden

Eltern- unterhalt

3. Auflage


C.H. BECK

Welche Leistungsansprüche bestehen?

Die Entscheidung zur Einstufung trifft die Pflegekasse unter maßgeblicher Berücksichtigung des Pflegegutachtens. Je nach Pflegegrad bestehen für Pflegebedürftige unterschiedliche Leistungsansprüche:

- Pflegegrad 1
Geringe Beeinträchtigung der Selbständigkeit
(12,5 bis unter 27 Punkte)
- Pflegegrad 2
Erhebliche Beeinträchtigung der Selbständigkeit
(27 bis unter 47,5 Punkte)
- Pflegegrad 3
Schwere Beeinträchtigung der Selbständigkeit
(47,5 bis unter 70 Punkte)
- Pflegegrad 4
Schwerste Beeinträchtigung der Selbständigkeit
(70 bis unter 90 Punkte)
- ³²Pflegegrad 5
Schwerste Beeinträchtigung der Selbstständigkeit mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung (90 bis 100 Punkte).
- Ausnahme
Ausnahme: Pflegebedürftige mit besonderen Bedarfskonstellationen (das sind die bisherigen Härtefälle mit Pflegestufe 3), die einen „spezifischen, außergewöhnlich hohen Hilfebedarf mit besonderen Anforderungen an die Pflegeversorgung“ haben, erhalten den Pflegegrad 5 zuerkannt, auch wenn sie im Rahmen der Begutachtung die an sich notwendige Mindestzahl von 90 Punkten nicht erreicht haben.

Die Pflegesätze richten sich zum einen nach der Pflegestufe zum anderen danach, von wem und wo die notwendige Pflege geleistet wird. Es wird unterschieden zwischen

- privater Pflege, z. B. durch Angehörige,
- ambulanter Pflege und
- stationärer Pflege.

- Bei der privaten Pflege erfolgt die Zahlung an die pflegebedürftige Person, ambulante und stationäre Pflege werden direkt von der Pflegekasse vergütet.

Monatliche Leistungen der Pflegekasse			
	ambulant	Pflegedienst	stationär
Pflegegrad 1	125 €	- €	125 €
Pflegegrad 2	316 €	689 €	770 €
³³ Pflegegrad 3	545 €	1298 €	1262 €
Pflegegrad 4	728	1612 €	1775 €
Pflegegrad 5	901	1955	2005

Wenn Leistungen der Pflegeversicherung für die häusliche Pflege beantragt werden, bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

Zum einen kann die Pflege durch einen ambulanten Pflegedienst, also eine externe Fachkraft, erbracht werden. Diese wird dann im Rahmen des Pflegegrades durch die Pflegeversicherung bezahlt. Alternativ können Sie auch Leistungen für eine selbst beschaffte Pflege erhalten. Die Zahlung erfolgt dann unabhängig davon, ob Sie selbst die Pflegeleistung erbringen oder eine andere Person damit beauftragen.

Zuzahlung zu einem Pflegeheim

Die Mutter hat eine Rente von 1.100 € und geht mit einem festgestellten Pflegegrad 3 in ein Pflegeheim. Die Heimkosten werden nach bestimmten Tagessätzen berechnet. Bei einem im Bundesdurchschnitt nicht unüblichen Tagessatz von 100 € ergeben sich Kosten für das Pflegeheim von monatlich 3.042 €. Die Pflegeversicherung zahlt 1.262 €. Von der Zuzahlung in Höhe von 1.780 € kann die Mutter durch ihre eigene Rente 1.100 € abdecken. Es bleibt ein offener Betrag von 680 €. Dieser wird auf Antrag vom Sozialamt übernommen und das Amt versucht, diese Ausgabe über den Elternunterhalt wieder zurückzuholen.

³⁴ **Wer kann einen Antrag stellen?**

Antragsberechtigt ist in erster Linie die versicherte Person. Zulässig ist aber auch ein Antrag durch eine andere, vom Versicherten bevollmächtigte Person bzw. den gesetzlichen Vertreter oder Betreuer.

■ Wenn Ihre Eltern aufgrund ihres Gesundheits- oder Geisteszustands nicht mehr in der Lage sind, den Antrag selbst zu stellen oder eine rechtlich wirksame Vollmacht zu erteilen, müssen Sie beim zuständigen Betreuungsgericht die Bestellung eines Betreuers beantragen. Dieser kann dann die rechtlichen Erklärungen abgeben. Bis eine solche Betreuung eingerichtet ist, kann jedoch viel Zeit vergehen.

Die Eltern sollten daher frühzeitig eine sogenannte Betreuungs- und Vorsorgevollmacht erstellen. Verwandte, die häusliche Pflegeleistungen erbringen, sollten auf jeden Fall im Namen der Eltern einen Antrag auf Leistungen aus der Pflegeversicherung stellen. Ist dann die Unterbringung in einem Pflegeheim erforderlich, wird keine wertvolle Zeit verloren, sondern der Antrag kann „aufgestockt“ werden und die Pflegekasse zahlt rückwirkend ab Änderung des Gesundheitszustands.

■ Achtung: Die Kosten bei Unterbringung in einem Pflegeheim steigen bei einem Wechsel der Pflegegrade deutlich stärker an als die Zahlungen aus der Pflegeversicherung. Während sich eine Höherstufung im Rahmen ³⁵ der häuslichen Pflege finanziell günstig auswirken kann, sind die negativen Folgen bei Heimunterbringung oft erheblich.

Die Leistungen der Pflegeversicherung sind vielfältig, die Regelungen schwer zu durchschauen. Ein Eingehen auf sämtliche Einzelheiten würde den Rahmen dieses Buches sprengen. Auf jeden Fall sollten Sie Rücksprache mit dem Sozialamt halten, ob tatsächlich alle den Eltern zustehenden Leistungen gewährt werden. Nach der Intention des Gesetzgebers dienen diese Leistungen dazu, die Kinder im Pflegefall zu entlasten.

Pflegegrade unbedingt prüfen!

Liegt eine Pflegebedürftigkeit vor, so wird im Regelfall schon durch die Pflegekasse der Bedarf festgestellt, und der Pflegegrad wird nach dem dafür vorgesehenen Verfahren festgelegt. Dennoch sollten Sie die Festsetzung nicht ungeprüft übernehmen. Pflegeeinrichtungen haben, insbesondere wenn sie privat betrieben werden, ein nicht unerhebliches Interesse daran, möglichst hohe Pflegegrade festsetzen zu lassen.

■ Wer als Betreuer für seine Eltern eingesetzt ist, kann gegen den Bescheid über die Festsetzung des Pflegegrades Widerspruch eingelegen. Dann erfolgt eine Überprüfung. Dies ist zulässig, weil auch der Pflegebedürftige ein Interesse daran hat, zu möglichst günstigen Pflegekosten versorgt zu werden.

³⁶Wenn Sie nicht als Betreuer eingesetzt sind, erfahren Sie in der Regel erst später von der Einstufung. Der Bescheid über die Festsetzung des Pflegegrades ist dann schon bestandskräftig und kann nicht mehr angefochten werden. Wenn Sie erst mit der Aufforderung zur Zahlung durch das Sozialamt von der Einstufung erfahren, bleibt nur die Möglichkeit, dies im Rahmen eines Unterhaltsprozesses überprüfen zu lassen. Wenn das Sozialamt auf Zahlung von Unterhalt klagt, müssen Sie einwenden, der Pflegegrad sei nicht zutreffend, sondern zu hoch festgelegt worden. Das Gericht muss dann die Einstufung im Rahmen des Verfahrens noch einmal überprüfen. Die Aufgabe des Sozialamtes ist es, im Unterhaltsprozess die Grundlagen für die Berechtigung des Unterhalts nachzuweisen. Wenn der Einwand erhoben wird, der Pflegegrad sei zu hoch angesetzt, muss das Sozialamt nachweisen, dass die Einstufung korrekt erfolgt ist. Wenn sich die Behörde auf einen möglicherweise zu hohen Pflegegrad beruft, dann muss sie die Voraussetzungen auch im gerichtlichen Verfahren beweisen können.

■ Sie müssen im Unterhaltsprozess entweder ausführen, die im Gutachten angenommene Pflegebedürftigkeit bestehe nicht, oder aber bei fehlendem Kontakt zum Elternteil die richtige Einstufung bestreiten. Als Folge davon muss das Gericht ein Sachverständigengutachten einholen, um die Eingruppierung zu überprüfen. In diesem Fall darf der Gutachter sich auch nicht lediglich auf Erkundigungen beim Pflegepersonal beschränken, sondern muss durch direkten Kontakt mit dem Pflegebedürftigen den tatsächlichen Bedarf feststellen.

³⁷Da Gutachten erhebliche Kosten verursachen, sollte die Einstufung nur bei Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte und nicht nur „ins Blaue hinein“ angezweifelt werden. Da in familiengerichtlichen Verfahren nach derzeitiger Rechtslage dem Verlierer die gesamten Kosten auferlegt werden, kann dies zu einer erheblichen finanziellen Belastung führen. Nach dem vor dem Familiengericht anzuwendenden Verfahrensrecht (FamFG) kann das Gericht zwar die Verfahrenskosten nach billigem Ermessen verteilen. Wenn das Gericht allerdings den Eindruck hat, der Kläger habe ohne entsprechende Grundlage ein Gutachten verursacht, so wird es ihn auch im Rahmen dieser Ermessensentscheidung mit den Kosten belasten.

Pflegewohngeld

Wer in einem Alten- oder Pflegeheim untergebracht ist, hat in einigen Bundesländern Anspruch auf Pflegewohngeld. Wichtig ist, dass sich die Pflegeeinrichtung in dem jeweiligen Bundesland befindet. Zum Teil reicht es auch aus, wenn ein naher Verwandter des Pflegebedürftigen in dem Bundesland oder am Pflegeort wohnt.

Voraussetzung für die Gewährung von Pflegegeld ist eine Pflegebedürftigkeit nach mindestens Pflegegrad 2. Pflegegeld wird auf Antrag des Heimbewohners gezahlt, der nicht in der Lage ist, die anfallenden Heimkosten aus eigener Tasche zu decken. Auch ein solcher Anspruch ist vom Sozialamt vorrangig für die Eltern durchzusetzen, bevor die Unterhaltsberechnung gegenüber den Kindern erfolgt.

³⁸ Nießbrauch und Wohnungsrecht

Nicht selten stehen den Eltern an Immobilien, die sie bereits vor vielen Jahren auf andere Personen übertragen haben, noch Rechte zu. Die häufigsten sind Nießbrauch und Wohnungsrecht.

Nießbrauch

Durch die Begründung des Nießbrauchs überträgt der Eigentümer einer Sache das Recht zur Nutzung und das Recht, die Erträge zu behalten, auf einen anderen, den Nießbraucher. Die Bestellung eines Nießbrauchs an einem Grundstück muss notariell erfolgen und in das Grundbuch eingetragen werden.

Wohnungsrecht

Wohnungsrecht ist das Recht, ein Gebäude oder einen Teil eines Gebäudes unter Ausschluss des Eigentümers als Wohnung zu benutzen.

Wenn einem Elternteil noch ein solches Recht zusteht, kann sich daraus anzurechnendes Einkommen ergeben.

Nießbrauch

Nießbrauch am Haus der Lebensgefährtin

Der heute pflegebedürftige Vater hat vor 15 Jahren seiner langjährigen Lebensgefährtin, mit der er nicht verheiratet war, sein Zweifamilienhaus übertragen. Er selbst hat sich den Nießbrauch daran vorbehalten. Die beiden Wohnungen in dem Haus sind für jeweils 350 € monatlich vermietet.

³⁹Die Lebensgefährtin ist nicht verpflichtet, Unterhalt für den Vater zu zahlen. Das übertragene Haus kann nicht zurückgefordert werden, weil mehr als zehn Jahre vergangen sind. Die Mieten stehen aber weiterhin dem Vater zu und sind als sein Einkommen unterhaltsrechtlich zu berücksichtigen. Wohnen Verwandte oder Bekannte in der Wohnung, muss überprüft werden, ob die